

AUS DEM KANTONS RAT

Abstimmungskämpfe mit Steuergeldern?

Dürfen Behörden mit Steuergeldern einen Abstimmungskampf durch einseitige staatliche Einmischung und Propaganda beeinflussen und damit die Willensbildung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger verfälschen? Bei der im Februar 2018 eingereichten Parlamentarischen Initiative (PI) «Keine Steuergelder für Abstimmungskämpfe durch Behörden», welche diesen Montag im Kantonsrat behandelt wurde, geht es um eine wichtige und grundsätzliche Frage.



René Truninger
Kantonsrat SVP
Illnau-Effretikon

Die Bundesverfassung schützt die freie Willensbildung und die unverfälschte Stimmabgabe. Um dies zu gewährleisten, sind politische Behörden im Vorfeld von Abstimmungen grundsätzlich zu politischer Neutralität und Zurückhaltung verpflichtet. Das Bundesgericht ist der Meinung, dass es der öffentlichen Hand nur im Ausnahmefall erlaubt ist, sich finanziell zu engagieren. Das heisst, wenn die Gemeinde unmittelbar und im Vergleich zu anderen Gemeinden ganz besonders stark betroffen ist (z.B. eine Umfahrungsstrasse!). Und was passiert in Wirklichkeit mit unserem Steuergeld? Der Stadtrat von Illnau-Effretikon spricht im Juni 2017 einem Referendumskomitee gegen das revidierte Jugendheimgesetz 5000.– Franken zu, notabene Steuergelder der Gemeinde Illnau-Effretikon. Die 5000.– Franken mögen nicht hoch erscheinen, aber das Referendumskomitee hat alle Gemeinden im Kanton Zürich angeschrieben, mit dem Ziel, 250.000.–

Franken für eine Werbe- und Inseratekampagne zu sammeln, um damit den Entscheid des Kantonsrates und des Regierungsrates zu torpedieren.

Fragwürdige Argumentation

Gegen diesen Stadtratsentscheid, das Referendumskomitee finanziell mit 5000 Franken zu unterstützen, legte ich mit folgender Begründung Beschwerde beim Bezirksrat ein: Es ist der ganze Kanton Zürich von der Gesetzesänderung betroffen und Illnau-Effretikon ist im Vergleich zu anderen Gemeinden nicht besonders stark betroffen.

Der Regierungsrat hat meiner Beschwerde nur recht gegeben, weil Illnau-Effretikon dem Referendumskomitee nicht beigetreten ist. Bei einer ähnlichen Beschwerde in Dübendorf hat der Regierungsrat entschieden, dass die Stadt das Komitee mit Steuergeldern unterstützen kann, da die Stadt dem Komitee beigetreten sei...

Das heisst, dass zukünftig Gemeinden einem Komitee beitreten und somit das Komitee Steuergelder in der Höhe von mehreren Hunderttausend Franken sammeln kann, um die öffentliche Meinungsbildung mit Steuergeldern zu beeinflussen! Aber es kommt noch besser, denn ein Stadtrat von Illnau-Effretikon liess sich in den Medien zu

einer gewagten und auch unsinnigen Aussage hinreisen: «Wir werden zukünftig «vorsorglich» Referenden unterstützen, damit wir sie auch finanziell unterstützen können!»

Es kann doch aber nicht sein, dass die Entscheidung, ob Steuergelder für einen Abstimmungskampf eingesetzt werden, von einem Komitee-Bescheid abhängig gemacht werden!

Steuergelder der Gemeinden gegen Steuergelder vom Kanton?

Wenn also zukünftig Gemeinden mit Steuergeldern einen Entscheid des Regierungsrates bekämpfen, wäre die logische Konsequenz, dass der Regierungsrat ebenfalls Steuergelder des Kantons für einen Abstimmungskampf einsetzen müsste. Steuergelder der Gemeinden gegen Steuergelder vom Kanton! Diese Steuergelderschwendung ist nicht nur moralisch verwerflich, sondern das wäre ein Schildbürgerstreich par excellence! Obwohl der Handlungsbedarf klar ersichtlich ist, haben uns die «bürgerlichen Partner» leider im Stich gelassen und die PI hat das nötige Quorum nicht erreicht.

Ich bin weiterhin der Meinung, dass der Staat sorgsam mit «unserem» Steuergeld umgehen soll, und werde am Thema dranbleiben.

DELEGIERTENVERSAMMLUNG DER SVP ZÜRICH IN WIESENDANGEN

Amstutz und Heer stimmen Zürcher SVP auf Wahljahr ein

Die SVP des Kantons Zürich hat sich an der Delegiertenversammlung am vergangenen Dienstagabend auf das anstehende grosse Wahljahr eingestimmt. Die SVP will die kantonalen Wahlen im März und die eidgenössischen Wahlen im Oktober gewinnen.

RoMü. «Wir stehen vor einem sehr wichtigen Wahljahr», machte SVP-Kantonalpräsident Konrad Langhart einleitend deutlich. Dabei verwies er darauf, dass sich die SVP bei den sehr tiefen Wahlbeteiligungen im Gegenwind befindet. «Bei den 70 Prozent Nichtwählern liegt unser Potenzial. Diese müssen wir mit unseren Argumenten abholen», so Langharts klare Botschaft. «Wir wollen mehr Sicherheit in einer eigenständigen Schweiz, welche die Zuwanderung selber steuern kann und wo sich die Arbeit wieder lohnen muss, indem man falsche Anreize bekämpft», so Langhart. Dabei machte er auch deutlich, dass es nicht sein kann, dass ein Asylbewerber einem älteren Arbeitgeber, welcher unverschuldet Arbeit und Einkommen verloren hat, einfach gleichgestellt wird. Eine Kernaufgabe sieht er auch in der Sicherung der Altersvorsorge.

Für den Kanton Zürich – für die Schweiz

Aus Sigriswil im Berner Oberland reiste Nationalrat Adrian Amstutz an. Als Wahlkampfleiter führt er die nationale SVP in den Wahlkampf. «Bei uns steht das Volk über dem Parlament und Bundesrat und ist deren Chef», hielt er mit Blick auf die laufenden Diskussionen rund um einen möglichen Rahmenvertrag mit der EU fest. «Wir haben deshalb allen Grund, unserem Land Sorge zu tragen», so eine seiner klaren Botschaften an die Delegierten. Der Wohlstand und Erfolg der Schweiz ist ihr nicht geschenkt worden, sondern die Schweiz hat ihn mit einer enormen Arbeitsleistung selber erschaffen. Entsprechend sind die Wahlen entscheidend, dass es dem Land weiterhin gut geht. Um die grossen für unser Land anstehenden Aufgaben mit Blick auf die Europapolitik zu meistern, braucht es mehr SVP.

Verantwortung für Stadt und Land übernehmen

Nationalrat Alfred Heer führt die Zürcher SVP als Wahlkampfleiter in die Wahlen. «Die SVP hat in den vergangenen vier Jahren im Kanton Zürich Verantwortung übernommen», machte er in seiner Beurteilung der politischen Arbeit der SVP-Kantonsratsfraktion deutlich. So kann der SVP-Regierungsrat erstmals nach Jahrzehnten eine Steuersenkung beantragen. Auch bezüglich der Sozialhilfe war man aktiv und will diese wieder in finanziell tragbare Bahnen führen. Klare Forderungen sind auch bezüglich der Belastung der Krankenkassenprämien deponiert worden. «Wir wollen, dass die Krankenkassenprämien bei den Steuern abgezogen werden können.» Mit aller Deutlichkeit machte Heer auch auf die vielen gefährlichen Auswirkungen des Rahmenvertrags aufmerksam. Er unterwandert die Unabhängigkeit der Schweiz und wird die wirtschaftliche Eigenständigkeit

und Entwicklung massiv einschränken. Zugleich warnte er bezüglich der Einführung der Unionsbürgerrechtlinie vor einem Raubzug der EU-Bürger auf unsere Sozialwerke. «Wenn wir im Herbst die nationalen Wahlen verlieren, so werden im Dezember die Gewerkschaften mit einem Päckli zufriedengestellt und danach wird der Rahmenvertrag von allen anderen Parteien durchgewunken.» Damit wären die wichtigsten Grundpfeiler der Schweizer Erfolgsgeschichte gefährdet. «Wir müssen deshalb die Wahlen gewinnen, damit es dem Kanton Zürich und der Schweiz gut geht», so Heers Botschaft an die Delegierten.

Klare Parolenentscheide

Am kommenden Uernagang vom 10. Februar befindet das Zürcher Stimmbolk über die eidgenössische Zersiedelungsinitiative. Nationalrat Hans Egloff (SVP, Aesch) machte deutlich, dass diese Vorlage die Autonomie von Gemeinden



Für Nationalrat Adrian Amstutz geht es im Wahljahr vor allem um die Zukunft der Erfolgsgeschichte Schweiz als unabhängiges und freies Land.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Naturschutz im Sihlwald ohne gesunden Menschenverstand



Urs Waser
Kantonsrat SVP
Langnau am Albis

Das Jahr 2019 hat begonnen. Und wie üblich auf den Jahreswechsel treten neue Gesetze, Verordnungen und Vorschriften in Kraft. Die Bürgerinnen und Bürger werden so Jahr für Jahr schleicher ihrer Freiheit beraubt und eingeschränkt. Dieser Entwicklung stellt sich die SVP an vorderster Front entgegen.

Mit dem Postulat «Ja zu Naturschutz im Sihlwald mit gesundem Menschenverstand» wollte die SVP den Regierungsrat auffordern, die Sperrung einer beliebigen Waldstrasse ab dem 01.01.19 nochmals zu überdenken und eingehend zu prüfen. Für die Offenhaltung setzen sich bereits die Anreinergemeinden, die Zürcher Planungsgruppe Zimmerberg sowie über 2000 Petitionäre ein. Das Label «Naturerlebnisparke» Park von nationaler Bedeutung wurde dabei stets berücksichtigt.

Es kann nicht sein, dass Reitställe aus Langnau am Albis, die seit Generationen den Wald als Erholungszone nutzen, ihre Tiere verlegen müssen, weil das Gebiet mit all den neugeschaffenen Naturschutz-Einschränkungen zu unattraktiv wird. Was ist ökologischer? Vor der Haustüre im eigenen Dorf zu reiten oder mit dem Auto von den Eltern zum nächsten Pferdestall gefahren zu werden?

Das gleiche gilt für das Velo. Die Langnauerinnen und Langnauer werden eines der sehr beliebten Rundwegs beraubt, den es seit Jahrzehnten gab. Ist dem Naturschutz gedient, wenn zukünftig das Velo

ins Auto verladen und ins schöne Säuliamt oder anderswohin ausgewichen werden muss?

Ja, finden die Parteien FDP, GLP, EVP, Grüne, AL und SP und schmettern das Postulat mit 98 zu 69 Stimmen ab. Zu unseren Verbündeten gehörten CVP, EDU, BDP und der alleinige FDP-Unterstützer Hans-Peter Brunner.

Der Sihlwald erhielt das Label in den letzten Jahren trotz der Offenhaltung der Strasse. Nach 10 Jahren soll nun Schluss sein. Durch diese Salomatik ist es der Regierung zusammen mit dem Wildnisparke gelungen, den Ball tief zu halten. Die schleichenden Verbote werden von Auswärtigen kaum wahrgenommen. Den Direktbetroffenen stechen sie aber direkt ins Herz. Oder wie neuerdings auch direkt ins Portemonnaie. Sind Sie mit dem Velo irrtümlicherweise auf dem falschen Weg unterwegs, kann es Sie 530 Franken kosten. Ist das Naturschutz mit gesundem Menschenverstand?

Die Waldstrasse wird zukünftig auch nicht ganz geschlossen. Nein. Für Fussgänger mit Hunden bleibt Sie weiterhin geöffnet. Die Frage stellt sich hier aber, wie lange noch? Wieviel mehr ein Reiter oder Velofahrer die Natur beeinträchtigt anstelle eines Hundeführers oder einer Wandergruppe mit 20 Personen konnte von der Gegenseite niemand glaubhaft erklären.

Als Grund für die Schliessung wird in der Antwort des Regierungsrates auch auf die aufwendigen Unterhaltsmassnahmen verwiesen, obschon sie über eine halbe Million Franken für das Label vergütet bekommen. Aber aufgepasst. Die Waldstrassen werden von Parkangestellten mit Laubbläsern unterhalten. Ob das die Tiere weniger stört? Ich bezweifle es.

ÄNDERUNG DES POLIZEIGESETZES

Doppelte Staatsbürgerschaft bei Sicherheitsbehörden?

Die SVP beabsichtigte mit ihrem Vorstoss, eine saubere Linie zu ziehen. So sollen doppelte Staatsbürgerschaften bestimmter Staaten bei Angehörigen bei der Kantonspolizei nicht mehr möglich sein. Einige Vorkommnisse haben uns vor Augen geführt, dass der Staat nicht ganz gefeit ist vor Täuschung und Hintergehen. Zum einen bei der Einbürgerung, denn hier gibt es viele Beispiele von Personen, die nie den Schweizer Pass hätten erhalten sollen. Und zum anderen bei der an sich sehr sorgfältigen Rekrutierung und Sicherheitsüberprüfung zum höheren Staatsdienst.



Claudio Schmid
Kantonsrat SVP
Bülach

Nun noch zu den Anhängern der totalen Rechtsgleichheit: Ja, wir unterscheiden hier zwischen den einen Doppelbürgern und den anderen Doppelbürgern, der Staat soll hier ganz bewusst eine Ungleichbehandlung vornehmen. Lassen Sie sich gleich vorweg sagen, dass hier diskriminiert wird. Aber die Leute werden ja schon diskriminiert, indem sie die Schweizerische Staatsangehörigkeit haben müssen, um in den Polizeidienst eintreten zu können. Und seit der Jugoslawienkrise 1991 diskriminiert

die ganze Schweiz schon gewisse Nationalitäten beim legalen Erwerb von Waffen. Die Verordnung über den Erwerb und das Tragen von Schusswaffen durch jugoslawische Staatsangehörige vom 18. Dezember 1991 (SR 514.545), in Kraft seit 19. Dezember 1991, war ursprünglich befristet; ihre Geltungsdauer ist jedoch bis heute stets verlängert worden. Das hat diese bestimmten Nationalitäten nicht davon abgehalten, ihre kriminellen Machenschaften auch hier auf Schweizer Boden durch illegale Waffen überdurchschnittlich zu vollbringen. Auch halten wir niemanden davon ab, den Polizeiberuf zu ergreifen. Die Aspiranten müssen dann einfach ihren Zweitpass abgeben und ihre ungeteilte Loyalität zur Schweiz zeigen. Der Vorstoss wurde von den anderen Parteien nicht unterstützt.

und Kantonen sehr stark beschneidet, das Wohnen unbezahlbar machen kann und eine Entwicklungsbremse für die Landwirtschaft ist. Schlussendlich fiel die Entscheidung bei den Delegierten deutlich aus. Bei zwei Ja-Stimmen plädierten 221 Delegierte für ein Nein. Bei den kantonalen Vorlagen befinden die Stimmbürger über das revidierte Hundegesetz. «Nach den tragischen Ereignissen im Winter 2005, wo drei Pittbull-Terrier in Oberglatt einen Knaben töteten, erhielt der Kanton Zürich das

strengste Hundegesetz der Schweiz», führte Kantonsrat Tumasch Mischol (SVP, Hombrechtikon) aus. Nun hat der Kantonsrat aufgrund von Vorstössen der SVP beschlossen, die obligatorischen Hundekurse wieder aus dem Gesetz zu streichen. Entsprechend plädierte er mit Blick auf die Eigenverantwortlichkeit der Hundehalter und möglichst wenig Bürokratie für eine Annahme. Die Delegierten folgten Mischol und empfahlen mit 208 zu 12 Stimmen ein Ja.